

# ZÜRICH

## Kantonsrat lehnt Wahl nicht wegen Geschlecht ab

**Kantonsrat** Die SP stürzte sich daran, dass ein Mann eine Frau in einer Kommission ersetzen soll.

Pascal Jäggi

Es hätte ein Zeichen sein sollen, so sah es die SP. An den Kompetenzen von Christian Zehnder zweifelte niemand im Kantonsrat, auch die SP nicht. Der Regierungsrat hatte den Präsidenten des Fördervereins KV Zürich als Arbeitgebervertreter in die Berufsbildungskommission gewählt.

Doch für die SP lag das Problem woanders: Zehnder soll den Posten von der zurückgetretenen Vertreterin Anne Koller-Dolivo übernehmen. Das Geschlechterverhältnis wäre unausgewogen, die Partei forderte darum, die Wahl nicht zu genehmigen. Schon vor der Wahl standen sechs Männer drei Frauen gegenüber, monierte die SP.

Unterstützung fand die Partei bei der AL. David Garcia Nuñez (Zürich) wies darauf hin, dass im Jahr 2026 offenbar noch nicht alle Gremien etwas von Diversität und Gleichstellung gehört hätten. «Das Problem ist strukturell, wir wollen ein politisches Zeichen setzen», sagte er.

### Die Grünen sind «restlos überzeugt»

Die Bürgerlichen konnten mit der Forderung gar nichts anfangen. Sie wiesen unter anderem darauf hin, dass auch die Arbeitnehmerseite einen Unia-Mann in der Kommission habe. «Wir können einen geeigneten Kandidaten nicht ablehnen, weil er auf das falsche WC geht», sagte zudem Marc Bourgeois (FDP, Zürich).

Doch auch der politische Partner der SP, die Grünen, stellten sich gegen die Forderung. Wilma Willi (Stadel) sagte, ihre Partei sei «restlos überzeugt» von Zehnder. Die Abstimmung fiel dann mit 135 zu 37 Stimmen auch deutlich für den vorgeschlagenen Kandidaten aus.



Philipp Kutter steht für einen bürgerlichen Kurs mit sozialer Verantwortung.

Bild: KEYSTONE/Andreas Becker

## Einstimmig für Kutter

**Wahlen** Die Findungskommission der Mitte Kanton Zürich hat Philipp Kutter als Regierungsratskandidaten empfohlen. Er soll die Nachfolge von Silvia Steiner antreten.

Philipp Lenherr

Die Findungskommission der Partei präsentierte Philipp Kutter als Kandidaten gestern Nachmittag an einer Medienkonferenz. Kutter galt als aussichtsreichster Kandidat. Die Kommission entschied sich nach der vertieften Prüfung dreier Kandidaturen einstimmig für Kutter. Der endgültige Entscheid über die Nominierung liegt bei den Parteimitgliedern, die am 1. Juli entscheiden werden.

Kutter bringt breite politische Erfahrung auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene mit. Er amtierte 16 Jahre lang als Stadtpräsident von Wädenswil, war elf Jahre Mitglied des Zürcher Kan-

tonsrats und vertritt den Kanton seit 2018 im Nationalrat.

Kutter zeigte sich geehrt über die Empfehlung und betonte, dass er im Beruf und im politischen Alltag voll leistungsfähig sei und sein privates Umfeld den Schritt mittrage. Kutter erlitt 2023 einen schweren Skiunfall und ist seither als Tetraplegiker auf einen Rollstuhl angewiesen.

Inhaltlich steht Kutter für einen bürgerlichen Kurs mit sozialer Verantwortung. Er will die hohe Lebensqualität im Kanton Zürich sichern, den Wirtschaftsstandort stärken und die Gemeinden in ihren Aufgaben unterstützen. Er wies darauf hin, dass Zürich die höchste Steuerbelastung für juristische Personen aufweise

und es daher finanzpolitische Stabilität sowie weniger bürokratische Hürden brauche.

### Bedeutung einer starken politischen Mitte

Die Parteileitung rechtfertigte den Anspruch auf den Regierungssitz mit der stabilisierenden Rolle der Mitte. Regierungen müssten gemäss Parteipräsidentin Tina Deplazes den Kanton führen und vom Wahlvolk getragen werden, weshalb sie sich nicht allein nach reinen Prozentzahlen der Parteistärke zusammensetzen sollten. Als Kollegialbehörde brauche der Zürcher Regierungsrat Stimmen, die zwischen den politischen Polen vermitteln und den Zusammenhalt stärken.

Ob Kutter im Wahlkampf auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien zählen kann, ist laut Deplazes noch offen. Entsprechende Gespräche seien noch nicht geführt worden.

Gerade angesichts komplexer werdender Herausforderungen in den Bereichen Wohnraum, Bildung und Verkehr sei eine ausgewogene Regierung wichtig. Die Mitte suche den Ausgleich zwischen Stadt und Land und baue Brücken zwischen den Lagern, um mehrheitsfähige Lösungen zu entwickeln, sagte die Parteipräsidentin. Eine Regierung, die nur die Pole abbilde, verliere hingegen an Ausgewogenheit, wodurch keine Lösungen mehr gefunden würden.

## Sturm hinterlässt beschädigte und instabile Bäume

**Unwetter** Nach dem heftigen Sommergewitter vom Freitag sind zahlreiche Bäume umgestürzt.

Eliane Winiger

Baumkontroll-Teams prüfen derzeit deren Stand- und Bruch-sicherheit. Gewisse Bereiche mussten abgesperrt werden, einzelne Bäume müssen möglicherweise aus Sicherheitsgründen gefällt werden.

Die Arbeiten gestalten sich teilweise anspruchsvoll, teilte die Stadt Zürich gestern mit. In Baumkronen hängen teilweise noch ausgerissene oder angebrochene Äste, die unvermittelt herabfallen könnten. Allenfalls müssen beschädigte Bäume und Astmaterial aus logistischen Gründen auch mit einem Helikopter abtransportiert werden.

### Schadensgebiet auf kleinen Perimeter beschränkt

Wie viele Bäume betroffen sind, ist noch unklar und wird derzeit ermittelt. Die Bevölkerung soll abgesperrte Gebiete wegen Räumungs- und Sicherungsarbeiten nicht betreten, schreibt die Stadt.

Das Schadensgebiet beschränke sich aber im Vergleich zu früheren Stürmen auf einen kleinen Perimeter innerhalb des Stadtgebiets, heisst es. Besonders betroffen sind Standorte rund um den Zürichsee, vor allem im Bereich des Arboretums. Grosse Bäume waren den starken Windböen ausgesetzt und wurden entwurzelt oder es wurden Äste aus den Kronen gerissen.

## Winterthur verbietet auch Smartwatches

**Schule** Nicht nur Handys müssen während der Schulzeit künftig in der Tasche bleiben.

## Regierungsrat darf Universitätsratspräsidium behalten

**Interessenskonflikt** Der Kantonsrat will dem Regierungsrat das Universitätsrats- und Fachhochschulratspräsidium nicht wegnehmen. Mit 91 zu 80 Stimmen hat er eine parlamentarische Initiative abgelehnt, die das forderte.

Pascal Jäggi

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragte dem Kantonsrat im Vorfeld mit 8 zu 7 Stimmen, die eigenen parlamentarischen Initiativen (PI) betreffend «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Ersten – im Universitätsrat» und «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Zweiten – im Fachhochschulrat» abzulehnen. Mit den PI hatte die KBIK für den Universitäts- und den Fachhochschulrat eine moderne Governance gefordert. So sollten Vorstehende der Bildungsdirektion nicht mehr das Ratspräsidium übernehmen dürfen.

Die Kommissionsmehrheit lehnte die PI nun aber ab. Wegen der Vertretung in eidgenössischen und interkantonalen Gremien sei es sinnvoll, dass die Bildungsdirektorin weiterhin im Universitäts- und im Fachhochschulrat vertreten sei.

Eine andere Besetzung des Präsidiums sei bereits jetzt möglich, so die Kommission. Der Preis einer Änderung im Verhältnis zum Nutzen sei zudem zu hoch, weil neu das Präsidium entschädigt und das Aktariat aus der Bildungsdirektion ausgelagert werden müsste.

Der Kommissionsminderheit von GLP, SP und Grünen war es weiterhin wichtig, dass der heutige Interessenkonflikt gesetzlich gelöst wird. Das Präsidium eines wichtigen Gremiums dürfe nicht zwei Hüte tragen, die zusätzlichen Kosten würde die Minderheit in Kauf nehmen.

### FDP entscheidet sich um

Noch bei der vorläufigen Unterstützung hatte sich eine Mehrheit für die beiden PI ausgesprochen. Der Wind drehte in der Kommission aber bei der FDP. Was Urs Glättli (GLP, Winterthur) die Welt nicht mehr verstehen liess. «Das ist eine Wischi-Wa-

tschi-Politik im Seitenwagen der SVP», fand Glättli. Am Interessenskonflikt habe sich nichts geändert.

Alexander Jäger (FDP, Zürich) erklärte die geänderte Haltung damit, dass wichtige Forderungen bereits umgesetzt worden seien. «Die Wahlen finden nicht

hinter verschlossenen Türen statt», sagte er. Das Amt werde ausgeschrieben, zuletzt wählte der Kantonsrat unter anderem die ehemalige SRF-Direktorin Nathalie Wappler in den Unirat.

Die beträchtlichen Zusatzkosten, Jäger rechnete mit rund 1 Million Franken, würden den

Mehrnutzen durch saubere Good Governance nicht rechtfertigen.

### «Grösster Elefant am Tisch»

Färgelich wies Carmen Marty Vassel (SP, Adliswil) auf die Interessenskonflikte der Bildungsdirektion hin. Wollte der Kantonsrat die Bildungsdirektorin nicht als Präsidentin der beiden Räte, könnte er sie schon heute einfach nicht wählen, fand Rochus Burtscher (SVP, Dietikon).

In den beiden Räten wäre Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) auch mit den Änderungen geblieben. Viel geändert hätte sich darum aus ihrer Sicht nicht. «Auch als Nicht-Präsidentin wären wir der grösste Elefant am Tisch», sagte sie. Mit der heutigen Regelung bleibe klar, wer die politische Verantwortung trage. Interessenskonflikte seien bereits durch Ausstandsregeln gedeckt. Der Kantonsrat «beerdigte die unnötigen PI», wie Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) forderte.



Bildungsdirektorin Silvia Steiner darf weiterhin den Universitäts- und den Fachhochschulrat präsidieren. Archibild: KEYSTONE/Andreas Becker

Die Schulpflege hat die bestehende Regelung auf Smartwatches und weitere digitale Geräte ausgeweitet. Mit diesem Entscheid trage sie der zunehmenden Verbreitung und den Funktionen aktueller Geräte Rechnung, teilte die Schulpflege gestern mit. Insbesondere Geräte mit Aufnahme- und Kommunikationsfunktionen seien «ein Risiko für den Datenschutz und für einen ungestörten Unterricht».

Eine Umfrage bei den Schülern der Stadt Winterthur habe gezeigt, dass die Regelung zur Handynutzung mehrheitlich gut funktioniere und sich in der Praxis bewährt habe, heisst es in der Mitteilung weiter. Gleichzeitig sei deutlich geworden, dass neue Gerätetypen ähnliche Herausforderungen mit sich brächten wie Handys. Die Schulpflege reagierte darauf mit einer Erweiterung der bestehenden Regelung.

Die angepasste Regelung entspricht der bisherigen Handhabung von Handys an Schulen: Private digitale Geräte müssen während der Schulzeit auf dem gesamten Schulareal ausgeschaltet und nicht sichtbar verstaut sein. Ausnahmen seien nur mit ausdrücklicher Bewilligung durch die Lehrpersonen oder die Schulleitung und ausschliesslich für schulische Zwecke möglich. (sda)